

Der Service public gehört allen

Zusammenfassung des Referates von Christine Goll, vpod-Präsidentin und Nationalrätin

Was bedeutet der Service public für die Gewerkschaften? Mit dem Service public-Konzept sind bedeutende gesellschaftliche Werte und Ziele verknüpft, für die sich die Gewerkschaften seit ihrem Bestehen eingesetzt haben: Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Solidarität. Die Gewerkschaften stehen für die Interessen und Rechte der Mehrheit der Bevölkerung ein. Das kann am Beispiel des Service public exemplarisch aufgezeigt werden. Die öffentlichen Infrastrukturen und Dienste stellen die flächendeckenden Versorgungsziele in den Vordergrund, sichern die Rechte der Arbeitnehmenden, schaffen Arbeitsbedingungen mit Vorbildfunktion für andere Branchen, ermöglichen den gesellschaftlichen Wohlstand, dienen dem Wirtschaftsstandort und fördern die Demokratie. Mit dem Service public-Konzept können die Gewerkschaften aufzeigen, dass demokratische Instrumente zu Verfügung stehen, um neoliberale Politikkonzepte zu stoppen.

Der Service public betrifft alle. Gut funktionierende, qualitativ hoch stehende und demokratisch kontrollierte öffentliche Dienste sind die Voraussetzungen für motivierte und selbstbewusste Arbeitnehmende im Service public, für einen optimalen Wirtschaftsstandort und eine soziale Gesellschaft mit selbst bestimmten Bürgerinnen und Bürgern. Diese Bedingungen treffen für die Schweiz immer noch weitgehend zu und sind hauptsächlich das Verdienst der Gewerkschaften. Sie haben bisher dafür gesorgt, dass öffentliche Infrastrukturen und Dienste mit einer flächendeckenden Grundversorgung, Versorgungsgarantie und Erschwinglichkeit für die gesamte Bevölkerung und die demokratische Mitsprache als wesentliche soziale Errungenschaften nicht zerschlagen wurden. In den Bereichen Stromversorgung, öffentlicher Verkehr und Post hat die Schweiz trotz enormem Druck von Seiten der Wirtschaftslobby entschieden weniger liberalisiert als andere Länder. Die Gewerkschaften und die Linke haben in jüngster Vergangenheit bewiesen, dass sie die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben: Weitere Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen stossen auf einen breiten Widerstand. Der Service public, sein Ausbau in den letzten Jahrzehnten, seine bisher vorbildlichen Arbeitsbedingungen, seine Dienstleistungen und seine hohe Qualität prägen die wirtschaftliche Entwicklung, den gesellschaftlichen Fortschritt und den Zustand des Gemeinwohls. Der Service public betrifft also alle und dient allen. Er ist von zentraler Bedeutung für alle Bürgerinnen und Bürger.

Service public unter Spardruck

In Bundesbern, aber auch in zahlreichen Kantonen, dominiert das Wort „Sparen“ die Politik. Begriffe wie „Sparprogramme“ bei den öffentlichen Finanzen verschleiern, dass es um Abbaumassnahmen geht, die in erster Linie den Service public treffen und damit sowohl das Personal im öffentlichen Dienst, als auch die gesamte Bevölkerung, die auf einen gut funktionierenden öffentlichen Dienst angewiesen ist. Mit einer „Politik der leeren Kassen“ wird der Steuersenkungswettbewerb angekurbelt. Die daraus resultierenden Steuerausfälle werden dann mit Sozial- und Leistungsabbau kompensiert. Ein gut funktionierender Service public ist nicht gratis zu haben. Werden die notwendigen finanziellen Mittel gekappt, resultiert daraus auch eine gigantische Umverteilungsübung. Öffentliche Güter und der Grossteil der Bevölkerung werden enteignet, damit einige Wenige mit gewinnträchtigen Auslagerungen – oft nur vorübergehend – das grosse Geld machen können.

Die immer wieder beklagte Bruttoverschuldung ist nicht das Schlimmste, was die Schweiz den nachfolgenden Generationen hinterlassen kann. Mit Abbaumassnahmen im Service public, wie in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit, hinterlässt sie ihnen viel die grösseren Probleme. Die angewachsenen Schulden des Bundes sind nicht das Ergebnis von immer neuen Aufgaben und Begehrlichkeiten, sondern Folge der von wirtschaftshörigen Kreisen im Parlament erzwungenen Liberalisierung der Bundesbetriebe, wie SBB, PTT und Ruag, sowie die damit verbundene Verselbständigung der Pensionskassen, die zu Sanierungsfällen führte und sich im Nachhinein als teure Übungsanlage herausstellte.

Öffentliche Transparenz und demokratische Kontrolle sind im Service public gewährleistet. Die Ausschaltung der Demokratie ist das wichtigste Leitmotiv des Neoliberalismus. Diese Zielsetzung verfolgt auch der rechtsbürgerlich dominierte Bundesrat mit seinem rigorosen Staats- und Sozialabbauprogramm. Die sozialpartnerschaftlich ausgehandelten, guten öffentlich-rechtlichen

Arbeitsbedingungen, Gesamtarbeitsverträge und Sozialleistungen werden heute von politisch Verantwortlichen der bürgerlicher Parteien fahrlässig in Frage gestellt. Arbeitsplatzunsicherheit und Sozialabbau schüren Existenzängste und vermindern die persönliche Einsatzbereitschaft. Damit wird auch die wirtschaftliche Entwicklung negativ beeinflusst und der demokratische Zusammenhalt des Gemeinwesens geschwächt.

Gewerkschaftliche Ziele für einen starken Service public

Drei Zielsetzungen müssen für die künftige Gewerkschaftspolitik im Vordergrund stehen:

Erstens: Wenn sich die Gewerkschaften für qualitativ hochwertige und demokratisch kontrollierte öffentliche Dienste einsetzen, haben sie von ihren Kerngeschäften ausgehend die Arbeits-, Lohn- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmenden im Blickwinkel. Sie machen damit aber nicht nur eine Politik für die Arbeitnehmenden im Service public, sondern gleichzeitig auch für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Gewerkschaften des Personals öffentlicher Dienste müssen deshalb ihre Aktivitäten nicht nur auf die eigene Mitgliedschaft, sondern auf die gesamte Bevölkerung ausrichten.

Zweitens: Mit der Verteidigung und Stärkung des Service public lässt sich eine Politik gegen die Ohnmacht und Resignation gestalten. Der gewerkschaftliche Einsatz gegen den Abbau im Service public ist immer auch eine bewusste Politik der Einmischung. Im Vordergrund stehen demokratisch kontrollierte statt privatisierte öffentliche Dienste. Wer den Service public verteidigt und stärkt, will immer auch die Demokratie verteidigen und stärken. Die Gewerkschaften garantieren, dass der Service public allen gehört. Sie sind damit auch Garantinnen demokratischer Entscheidungsprozesse.

Drittens: Der Zusammenschluss zur „Aktionsgemeinschaft für den Service public“ hat gezeigt, dass eine Bündelung der Kräfte heute notwendig und sinnvoll ist. Ob eine Zusammenarbeit auf der Aktionsebene jedoch ausreicht, um den Service public auch in Zukunft erfolgreich verteidigen und stärken zu können, ist fraglich. Ganz im Sinne der Zielsetzung eines optimalen Mittel- und Ressourceneinsatzes, wie dies für den Service public gilt, müssen auch die Organisationen der Arbeitnehmenden im Service public, die Frage eines weiter gehenden Zusammenschlusses ernsthaft prüfen.